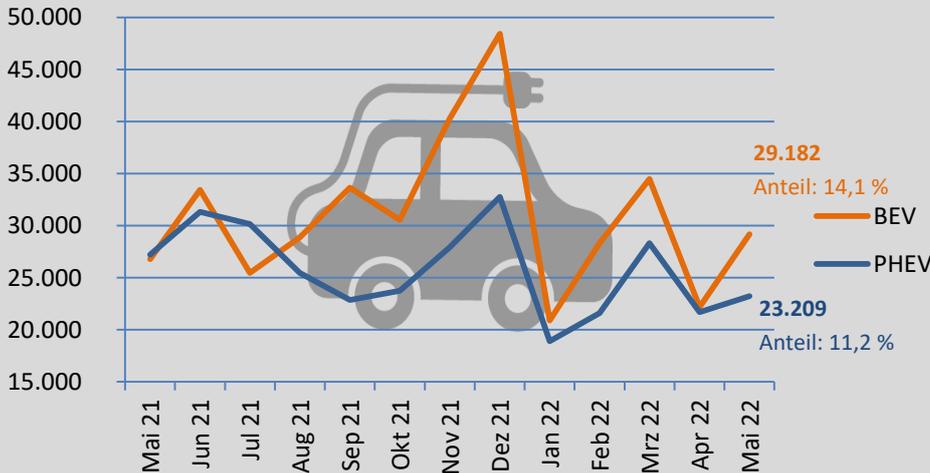


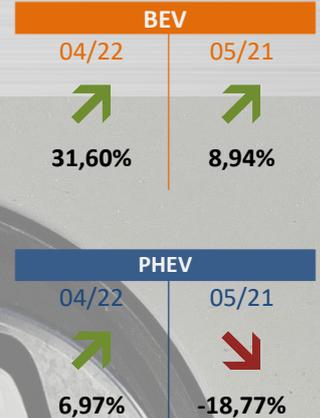
Monatsreport Elektromobilität 05/2022

Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e.V.

Neuzulassungsstatistik der letzten 12 Monate



Trendbarometer



Neuzulassungen im Vergleich zu vorangegangener Periode

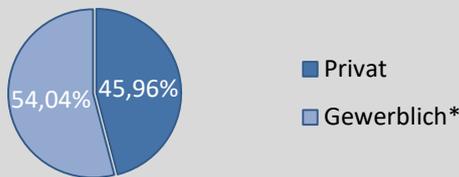
Die TOP 5-Neuzulassungen im Mai 2022

Marken (BEV & PHEV) nach Neuzulassungen	BEV-Modelle nach Neuzulassungen	PHEV-Modelle nach Neuzulassungen
1. VW 5.643	Opel Corsa 1.889	Ford Kuga 1.948
2. BMW 4.882	VW ID4, ID5 1.849	Seat Formentor 1.360
3. Audi 4.289	Fiat 500 1.834	BMW 3er 1.031
4. Mercedes 3.922	VW ID3 1.356	Seat Leon 1.022
5. Hyundai 3.404	Dacia Spring 1.326	Mitsubishi Eclipse Cross 1.002

Öffentliche Ladepunkte | Stand 01.06.2022



Umweltbonus | Antragsstatistik 05/2022



* Umfasst Unternehmen, Stiftungen, Körperschaften und Vereine

Bundesland	BEV Mai 22	PHEV Mai 22	Bundesland	BEV Mai 22	PHEV Mai 22
BW	3.783	3.024	NI	2.608	1.673
BY	5.091	3.798	NW	5.868	5.065
BE	1.200	1.418	RP	1.373	959
BB	523	392	SL	331	311
HB	101	129	SN	708	575
HH	573	648	ST	381	276
HE	2.666	1.937	SH	1.037	594

Aktuelle News aus Verband und Politik

Umweltbonus/Innovationsprämie:

Im politischen Streit um die **künftige Förderung von Plug-in-Hybriden** gibt es laut Regierungskreisen wohl einen Kompromiss zwischen dem BMDV und dem BMWK, der vorsieht, dass die **PHEV-Kaufprämie** als Teil des Umweltbonus (wie vom Wirtschaftsministerium geplant) **Ende 2022 auslaufen soll**. Habeck hatte als Begründung angegeben, dass die PHEV inzwischen auch ohne Subvention „markt-gängig“ seien. Das FDP-geführte Verkehrsministerium hätte die Plug-in-Hybride wohl gerne weiter. Unter Berufung auf Regierungskreise heißt es nun, dass den Plug-in-Hybriden immerhin die **vorteilhafte Dienstwagenbesteuerung erhalten bleiben soll**. Der Satz soll weiterhin bei 0,5 Prozent des Nettolistenpreises pro Monat bleiben. Wichtig: Anders als im Koalitionsvertrag vereinbart soll die Dienst-wagenbesteuerung der Plug-in-Hybride **nicht mehr an ihre reale elektrische Fahrleistung gekoppelt sein**. Dieses Vorhaben ist wohl vom Tisch, da laut den Regierungskreisen der Verwaltungsaufwand „viel zu groß“ wäre. Ähnlich hatte es auch das BMDV bei dem Entwurf zur Umweltbonus-Neuregelung ausgedrückt.

